

Niederschrift HFA/040/2014

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 21.01.2014

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	Fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Eckhard Roloff

SPD

Vertretung für Herrn
Falk Toczowski

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Axel Linke	Beigeordneter
Herr Mathias Krümpel	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Frau Michaela Hövelmann	Stellv. Pressesprecherin
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 4
Frau Julia Seebeck	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied
----------------------	-----	--------------

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 39 über die öffentliche Sitzung am 26. November 2013

0:01:26

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 26. November 2013 gefassten Beschlüsse

0:01:41

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung die Stellungnahme auf dem der Einladung beigefügten Hinweiszettel abgegeben habe.

3. Informationen

3.1. Wahl zum Integrationsrat

0:02:10

Frau Dr. Kordfelder verliest folgenden Vermerk:

Wahl zum Integrationsrat der Stadt Rheine am 25. Mai 2014

Der Landtag hat am 18.12.2013 das Gesetz zur Weiterentwicklung der politischen Partizipation in den Gemeinden und zur Änderung kommunalpolitischer Vorschriften beschlossen. Die Änderung des § 27 (Integration) der Gemeindeordnung beinhaltet, dass

- *der Integrationsrat als einziges Organisationsmodell festgeschrieben wurde.*
- *auch Stellvertreter für die direkt gewählten Migrantenvertreter gewählt werden können.*

Ebenfalls ist für die Ratsmitglieder die Möglichkeit einer Bestellung von Stellvertretern durch den Rat vorgesehen.

- *ein einheitlicher Wahltermin für die Wahl zum Integrationsrat gemeinsam mit der allgemeinen Kommunalwahl für den 25. Mai 2014 festgelegt wurde.*
- *der Kreis der aktiv Wahlberechtigten erweitert wurde. Die Wahlberechtigung für Mehrstaater bestand früher nur, wenn die deutsche Staatsangehörigkeit frühestens 5 Jahre vor dem Wahltag erworben wurde. Diese Frist ist weggefallen.*
- *der Rat und der Integrationsrat sich künftig darüber abstimmen, mit welchen konkreten Themen und Aufgaben sich der Integrationsrat befassen soll.*
- *der Integrationsrat in einem vom Rat festgelegten Rahmen über ihn zugewiesene Haushaltsmittel entscheiden kann.*

Mit der Änderung des § 27 der Gemeindeordnung wird ein optimiertes Zusammenwirken der gewählten Migrantenvertreter und der Ratsmitglieder sowie eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit der Integrationsräte angestrebt.

Neben den Kommunalwahlen und der Europawahl findet somit zeitgleich am 25. Mai 2014 die Wahl des Integrationsrates statt.

Für die Durchführung der Integrationsratswahl sind die Durchführungsbestimmungen für die Wahl zum Integrationsrat sowie die Hauptsatzung zu ändern. Die Sitzung des Integrationsrates wird vom 25. Februar auf den 4. Februar vorgezogen, um in der Sitzung des Rates am 11. Februar die ent-

sprechenden Änderungen zu beschließen. Die Terminverlegung ist erforderlich, da analog zur Kommunalwahl die Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge am 7. April endet und die nächste Ratssitzung nach dem 11. Februar erst für den 8. April terminiert ist.

Ebenfalls soll in der Sitzung des Integrationsrates am 4. Februar über den Ablauf der Integrationsratswahl (Einrichtungsfrist der Wahlvorschläge, Zulassung der Wahlvorschläge, Beginn der Briefwahl, Stimmbezirkseinteilung etc.) informiert werden.

3.2. Verkauf des südlichen Teils der Triebwagenhalle

0:05:50

Herr Kuhlmann informiert, dass heute Morgen der südliche Teil der Triebwagenhalle an ein Unternehmen aus Rheine verkauft wurde.

3.3. Jahresabschluss 2012

0:06:12

Herr Krümpel berichtet, dass der Kreis Steinfurt mit Schreiben vom 16. Dezember 2013 mitgeteilt habe, dass gegen den vom Stadtrat nach § 96 (1) GO NRW festgestellten Jahresabschluss 2012 keine grundsätzlichen kommunalaufsichtlichen Bedenken geltend gemacht werden. Der Jahresabschluss entspreche den tatsächlichen Verhältnissen der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Rheine. Zu den Chancen und Risiken verweise die Kommunalaufsicht darauf, dass zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung für die Jahre 2013 und 2014 Sonderausschüttungen von den Stadtwerken und der Stadtparkasse in Höhe von jeweils 4 Mio. Euro beschlossen wurden. Diese vereinbarten Sonderausschüttungen stellen wichtige Ertragspositionen dar.

Herr Krümpel weist darauf hin, dass die Sonderausschüttungen so nicht kommen werden.

4. Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung der Stadt Rheine 2008 bis 2015 - 5. Umsetzungsbericht für das Jahr 2013 - Einstellung von Auszubildenden im Jahre 2015 Vorlage: 092/14

0:07:35

Herr Bonk teilt mit, dass Herr Hermeling in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung gesagt habe, dass er optimistisch sei, dass die 18 Stellen bis 2015 abgebaut werden. Die CDU-Fraktion werde den Punkt 1 des Beschlussvorschlages zur Kenntnis nehmen und dem Punkt 2 zustimmen.

Herr Reiske macht deutlich, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen werde. Es sei insgesamt eine erfreuliche

Entwicklung, dass die Verwaltung, die Vorgaben, die durch die Politik gesetzt wurden, umsetze.

Herr Reiske bemängelt, dass in der Verwaltung immer mehr Stellen abgebaut und bei der EWG immer mehr Stellen aufgebaut werden. In Zukunft soll es bei der EWG auch zu einem Stellenabbau kommen.

Herr Niehues weist darauf hin, dass in der Stadtverwaltung auch Stellen aufgebaut werden.

Frau Dr. Kordfelder stellt klar, dass es im Bereich der Feuerwehr aus gegebenem Anlass Stellenaufstockungen geben musste.

Herr Kuhlmann informiert, dass es sich bei der EWG nicht um eine Verwaltung, sondern um eine Gesellschaft handele. Es ist eine privatrechtlich getragene Einrichtung. Es gebe dort keine politische Einflussnahme im Hinblick auf Stellenabbau. Die EWG habe einige Aufgaben dazu bekommen, wie die Themen GVZ und TaT. Die Unternehmerschaft sei mit der EWG sehr gut zufrieden.

Herr Holtel weist darauf hin, dass der letzten Personaleinstellung bei der EWG für das Regionalmanagement ein Beschluss des Rates vorausging, welcher nur wenige Gegenstimmen erhalten habe.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den 5. Umsetzungsbericht zur Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung 2008 bis 2015 zur Kenntnis.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt folgendem Vorschlag der Verwaltung zur Einstellung von Auszubildenden/Anwärter(inne)n im Jahre 2015 zu:
 - 2 Anwärter(innen) Bachelor of Laws (Inspektoranwärter[innen])
 - 2 Verwaltungsfachangestellte
 - 1 Fachangestellte(r) für Medien- und Informationsdienste (Bibliothek)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Haushaltsjahr 2014 Vorlage: 020/14

0:14:25

Herr Hermeling antwortet auf Nachfrage von Herrn Niehues, dass die Stelle im Bereich des Rettungswesens zu 100 % refinanziert sei. Die Kosten werden vom Kreis Steinfurt erstattet und seien bereits im Budget berücksichtigt.

Herr Roscher weist darauf hin, dass der wahre Kostenträger die Krankenkassen seien. Er macht deutlich, dass man bemüht sei, Stellen einzusparen, aber dass durch gesellschaftliche Entwicklung das Eingesparte auf anderer Seite wieder benötigt werde.

Herr Hermeling antwortet auf Nachfrage von Herrn Jansen, dass die Reinigung für den Bereich der Kaufmännischen Schulen und Berufskollegs mittelfristig vom Kreis Steinfurt übernommen werde. Die derzeit beschäftigten städtischen Reinigungskräfte werden sukzessive dem Gymnasium Dionysianum zugeordnet.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt den der Vorlage als Anlagen 1 bis 3 beigelegten Gesamtstellenplan für das Haushaltsjahr 2014.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	18	Ja-Stimmen
	1	Nein-Stimme

**6. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2014 - 2017 - Ergebnisse der Fachausschussberatungen
Vorlage: 009/14**

0:20:03

Herr Krümpel erläutert die Zusammenfassung auf Seite 16 der Vorlage und macht deutlich, dass die Ergebnisrechnung im nächsten Jahr mit 10.636.000 € belastet werde. Hauptursache sei, dass die erwartete Ausschüttung der Stadtparkasse so nicht kommen werde, wie sie eingeplant worden sei.

Herr Bonk macht deutlich, dass in den Fachausschussberatungen deutlich wurde, dass es in vielen Bereichen Budgetverbesserungen gebe. Trotzdem sei das Defizit größer geworden. Der Schuldenberg müsse abgebaut werden. Man müsse die Warnung des Kämmerers ernst nehmen.

Herr Reiske betont, dass es an der Zeit sei, sich nicht darauf zu verlassen, dass die Töchter der Stadt weiterhin Geld überweisen. Man müsse aus eigener Kraft Einsparungen erzielen.

Herr Roscher macht deutlich, dass es Entscheidungen in Ausschüssen und dem Rat gegeben habe, die die Kostensituation verschärft haben. Es wurden Projekte angesetzt, bei denen es Alternativen gegeben hätte.

Herr Ortel teilt mit, dass ein Großteil der Belastungen nicht aufgrund der gefassten Beschlüsse zustande gekommen sei. Die Ursachen liegen außerhalb des Hauses und der Entscheidungskompetenz.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ergebnisse der Etatberatungen in den Fachausschüssen gemäß den Anlagen 1 und 2 der Vorlage zur Kenntnis und stimmt unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Buchstabe B, Ziffer 1 enthaltenen Erläuterungen den vorgeschlagenen Budgetveränderungen zu.

2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den unter Buchstabe B, Ziffer 2 – Sonstige Änderungen in den Fachbereichsbudgets – aufgeführten Veränderungen zu.
3. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den unter Buchstabe B, Ziffer 3 – Änderungen bei Verpflichtungsermächtigungen – aufgeführten Veränderungen zu.
4. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Fortschreibung des Sonderbereichs 9 – Zentrale Finanzleistungen – gemäß den Anlagen 3 und 4 der Vorlage unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Buchstabe B, Ziffer 4 enthaltenen Erläuterungen zu.
5. Der Haupt- und Finanzausschuss kommt nach Prüfung der dieser Vorlage als Anlage 5 beigefügten Einwendungen nach § 80 Abs. 3 Gemeindeordnung NW unter Berücksichtigung der unter Buchstabe B, Ziffer 5 gemachten Erläuterungen zu dem Ergebnis, dass eine weitergehende detaillierte Prüfung bzw. Bearbeitung der Einwendungen nicht erforderlich ist und empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Einwendungen zur Kenntnis zu nehmen und aufgrund der Einwendungen keine Änderungen des Haushaltsplanentwurfes zu beschließen.
6. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Haushaltssatzung für das Jahr 2014 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2014 unter Berücksichtigung der von den Fachausschüssen und dem Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen.
7. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

12	Ja-Stimmen
6	Nein-Stimmen
1	Stimmenthaltung

7. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

7.1. Fahrradständer am Bahnhof und Schlaglöcher Friedenstraße

0:32:32

Frau Dr. Kordfelder informiert über folgende Eingabe von einer Bürgerin aus Rheine:

ich habe zwei Anliegen auf dem Herzen, mit denen ich mich an Sie wenden möchte. Mein Mann, der sein Fahrrad vor dem Bahnhof abgestellt hatte, fand heute einen roten Zettel an seinem Rad, mit dem Hinweis, dass sein Fahrrad an einem Ort stehe, an dem es andere Mitbürger behindert Er solle das nächste Mal sein Rad in einem der umliegenden Fahrradständer oder gegen Gebühr in der Radstation deponieren.

Tatsache ist, dass es am Rheiner Bahnhof keine vernünftigen Radständer gibt. Das würde man von einem Ort wie Rheine, der in so unmittelbarer Nachbarschaft zu den radfreundlichen Niederlanden liegt, anders erwarten. Im Rahmen der Umbauten am Bahnhof wäre es doch durchaus denkbar, dass auch eine größere Fläche für die „Fietsen“ zur Verfügung gestellt wird – kostenfrei, selbstverständlich. In unserer Partnerstadt Borne wurden 2007 die damals vorhandenen 450 Radständer verdoppelt auf 900 Ständer. Mit dieser Maßnahme wollte die Stadt Borne ihre Zugfahrgäste stimulieren, mit dem Rad zum Bahnhof zu kommen und das Auto in der Garage zu lassen. Das ist der Organisation ProRail auch gelungen, denn inzwischen kommt ein Drittel aller Fahrgäste mit dem Fahrrad zum Zug. Dies als Anregung auch für Rheine, ein positives, umweltfreundliches Zeichen zu setzen und sich an den Niederlanden ein Beispiel zu nehmen.

dinsdag 19 juni 2007 |

De nieuwe fietsenstalling bij het NS-station in Borne wordt vrijdag geopend.

Er is plaats voor ruim 900 fietsen. De capaciteit van de fietsenstalling is daarmee verdubbeld. ProRail heeft de stalling uitgebreid om het gebruik van de fiets door treinreizigers te stimuleren. Uit onderzoek blijkt dat inmiddels bijna een derde van de treinreizigers op de fiets naar het station komt. Naast de fietsenstalling in Borne heeft ProRail al meer dan 250 stallingen in heel Nederland vernieuwd.

Mein zweites Anliegen ist der Zustand der Friedensstraße, angefangen vom Tunnel bis zur Glück-auf-Schranke/Bahnübergang. Dieses Stück ist jeden Morgen und nach dem Schulunterricht stark befahren von zahllosen Schülern und Lehrern, die unterwegs sind zur Elsa-Brändström-Realschule und zum Dionysianum. Auch Grundschüler der Paul-Gerhard-

Schule benutzen dieses Wegstück. Ich selbst fahre mit dem Rad jeden Tag zur Schule, an der ich unterrichte. Der Straßenasphalt ist in einem miserablen Zustand. Im Slalom probieren die Radfahrer, einigermaßen ungeschunden um die Schlaglöcher und unebenen Stellen herum zu fahren. Bei Regen ist etwa die Hälfte des Straßenstücks unter Wasser. Und bei Frost gefrieren diese Riesenpfützen, sodass sich die Straße in eine lebensgefährliche, glänzende, spiegelglatte Eisplatte verwandelt. Hier sollte unbedingt der Asphalt erneuert werden, denn die Radfahrer werden so unnötigen Gefahren ausgesetzt. Jeder Tag ist in der morgendlichen Dunkelheit gegen 7.30 Uhr eine neue Herausforderung. Ich weiß inzwischen, wo sich das tiefste Schlagloch befindet und fahre elegant drum herum, aber in der Dunkelheit und vor allem mit Regentropfen auf der Brille wird die Situation sehr prekär und die Gefahr eines Knochenbruchs liegt auf der Lauer. Ich möchte Sie dringend bitten, hier etwas zum Wohle der Bürger zu unternehmen und diesen (Warnungs)brief zu den Akten zu nehmen, sodass dann – sollte etwas passieren – eine rechtliche Absicherung vorliegt und die Stadt nicht im Nachhinein sagen kann, sie sei über die Gefahrensituation nicht informiert gewesen.

Doch hoffe ich, dass Sie die Sache sehr bald in den Griff bekommen.

Mit freundlichem Gruß,

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung der Bürgermeisterin, den Antrag an den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen, einverstanden.

Herr Mollen macht deutlich, dass die SPD-Fraktion den Antrag auf Abstellplätze für nicht motorisierte Zweiräder deutlich unterstützen werde. Von Seiten der SPD-Fraktion werde es dazu auch einen schriftlichen Antrag geben.

7.2. Grünflächen zwischen Bültstiege und Timmermanufer

0:33:25

Frau Dr. Kordfelder informiert über folgende Eingabe der Bürgerinitiative „Stadthallengrün“:

An den Rat der Stadt Rheine
z.Hd. Frau Dr. Angelika Kordfelder

VV	BM	X	II	1
Stadt Rheine				
13. DEZ. 2013				
BM				
5	7			

Hiermit stellen wir (die Bürgerinitiative) den Antrag, die Grünfläche zwischen Bültstiege und Timmermannufer nicht als Bauland zu verkaufen.

Begründung:

Die letzte Grünfläche in der Innenstadt soll schon aus Klimaschutzgründen nicht versiegelt werden. Diese Grünfläche dient gerade den Senioren, den Kindern und den auswärtigen Besuchern als kleines Naherholungsgebiet zum Emsufer hin. Gerade das Emsufer muss für alle Bürgerinnen und Bürger attraktiv bleiben (Hinweis auf die Vorschläge im gerade erstellten „Rahmenplan Innenstadt“).

In kurzer Zeit haben bereits mehr als **5.500 Rheinenser** durch ihre Unterschrift signalisiert, dass diese Grünfläche erhalten bleiben soll. Es gibt keinen Raummangel, der die Zerstörung innerstädtischer Natur rechtfertigen würde. Im Gegenteil: Rheine hat ein Problem mit Leerständen. Profilierte Citylagen suchen Nutzer und Investoren.

Durch die geplante Schaffung von ca. 100 Parkplätzen am Timmermannufer ergibt sich ein grosses Verkehrsaufkommen, so dass Fußgänger, Radfahrer und Rollstuhlfahrer sich dort nicht mehr sicher bewegen können. Auch der Humboldtplatz würde stark frequentiert. Bei einer von uns am 08.11.2013 vorgenommenen Zählung in der Zeit von 12.00 – 14.00 Uhr (**also 2 Stunden**) haben wir ca. **650 Radfahrer** gezählt.

Dies ist nur ein Teil der Gründe, die gegen eine Bebauung sprechen. Bitte entscheiden Sie **nicht gegen den Willen** der Bürgerinnen und Bürger von Rheine.

Freundliche Grüße

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung der Bürgermeisterin, den Antrag an den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen, einverstanden.

8. Einwohnerfragestunde

0:34:31

Herr Frank Hemelt, Sacharowstr. 3, 48432 Rheine, stellt fest, dass es Bewegung in Sachen Ems-Galerie gebe. Das Modehaus Mensing, derzeit im Rathaus-Zentrum und weitere Geschäfte, die derzeit im eec ansässig seien, werden in die Ems-Galerie ziehen. Dies erfordere möglicherweise eine neue Nutzung für das Rathaus-Zentrum und das eec.

Herr Hemelt erinnert an seine Anregung aus der Ratssitzung vom 15. Mai 2013. Ihm sei es ein besonderes Anliegen, Rheine zu einer familienfreundlichen Stadt zu entwickeln. In diesem Kontext habe Herr Hemelt schon einmal angeregt, Babywickelmöglichkeiten anzubieten.

Herr Hemelt fragt an, wie man weitere öffentliche, barrierefreie Toilettenanlagen mit Babywickelauflagen, auf den möglicherweise vermeintlich freien Liegenschaften des eec und des Rathauszentrum unterkriegen könne.

9. Anfragen und Anregungen

9.1. General-Wever-Kaserne, Anfrage von Herrn Bonk

0:37:54

Herr Bonk bezieht sich auf einen Zeitungsartikel, der darüber berichtet, dass auf dem Gelände der General-Wever-Kaserne Bäume gefällt und Buschwerk beseitigt werde. Herr Bonk bemängelt die Aussage der BImA, dass die Liegenschaft in absehbarer Zeit nicht verwertet werde und in naher Zukunft nichts passieren würde.

Herr Bonk erinnert, dass man mit NRW.URBAN 3 Konferenzen gehabt habe. Beteiligt waren die Verwaltung, die Politik und viele andere Akteure. Unter anderem sei auch die BImA anwesend gewesen, die auch darüber informiert sei, wie der Stand der Planung sei.

Herr Bonk fragt an, wann das Ergebnis der Sitzung von NRW.URBAN bekannt gegeben werde und was der Konversionsmanager genau mache.

Herr Kuhlmann informiert, dass die Aktionen, die auf dem Gelände der General-Wever-Kaserne stattgefunden haben, mit der Stadt Rheine kommuniziert worden seien. Man sei froh, dass der Baumbestand gefällt werde, da dieser Baumbestand die Substanz der Kaserne verschlechtere. Man habe engen Kontakt zu NRW.URBAN, und der Konversionsmanager arbeite aktiv. Es werde zurzeit versucht eine generelle Konversionsvereinbarung zu erzielen. Bezogen auf Einzelprojekte soll es aber auch Einzelkonversionsvereinbarungen geben. Dieses bedarf einer Vorabsprache und Organisation. Herr Kuhlmann weist darauf hin, dass Herr Dr. Brummund von der BImA die Situation in der Stadt Rheine immer aufmerksam verfolgt und gut begleitet habe.

Herr Reiske ist entsetzt über das Fällen der Bäume und fragt an, warum das notwendig sei.

Herr Kuhlmann informiert, dass die entfernten Pflanzen und Bäume dafür verantwortlich waren, dass die wertvollen Bestände, wie Eichen, kein Wasser mehr be-

kommen haben. Außerdem habe das Kanalleitungsnetz in der letzten Zeit stark unter Wurzeleinwuchs gelitten. Das Fällen sei mit der Stadt abgestimmt und insbesondere von Herrn Twesten für notwendig empfunden worden.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 17:45 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Seebeck
Schriftführerin